

Berlin: SPD und Linkspartei lehnen Wende in der Wohnungspolitik trotz Mietpreisexplosion ab

*Von Christian Linde*

Im sogenannten Karl-Kunger-Kiez im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick trafen Mitte der Woche Landespolitiker auf ihre Kritiker. Die »KungerKiezInitiative« hatte zu einer Veranstaltung unter dem Motto »Mietsteigerung – und kein Ende in Sicht« eingeladen. In dem Ortsteil hat das landeseigene Wohnungsunternehmen »Stadt und Land« die Mietpreise zuletzt um bis zu 20 Prozent erhöht und Bewohner dadurch zum Auszug gezwungen. Doch nicht nur in Alt-Treptow, sondern im gesamten Innenstadtbereich ist durch kontinuierliche Mietsteigerungen mittlerweile eine soziale Schieflage entstanden.

In einem Impulsreferat hatte Joachim Oellerich, Sprecher der Berliner Mietergemeinschaft, eine düstere Bilanz der »Rot-roten« Regierungsarbeit gezogen: Preissteigerungen, Ausverkauf der öffentlichen Wohnungsbestände, Rückgang der Neubautätigkeit im unteren und mittleren Preisspektrum bei gleichzeitiger Förderung des Luxussegments. Forciert werde diese Entwicklung durch eine gesteigerte Nachfrage. So habe die Bevölkerung seit 2006 kontinuierlich zugenommen. Allein im vergangenen Jahr zogen laut Statistik 53306 Menschen allein aus dem Ausland an die Spree. Gleichzeitig sei die Zahl der Haushalte in den letzten acht Jahren um 120000 gewachsen. Während mindestens 19000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden müssten, um den Bestand wenigstens zu halten, liege die Quote gerade einmal bei knapp 3000 neu errichteten Wohnungen. Seit Amtsantritt im Jahre 2002 habe die SPD/Linke-Koalition nicht nur keinerlei Anstrengungen unternommen, um die Versorgungssituation zumindest stabil zu halten, sie habe den sozialen Wohnungsbau faktisch abgeschafft. »Diejenigen, die auf billigen Raum angewiesen sind, fallen durch die Wohnungspolitik von Rot-Rot durch den Rost«, kritisierte Joachim Oellerich.

Anders als von dem Mietervertreter gefordert, werde es nach den Worten der wohnungspolitischen Sprecher von SPD und Die Linke jedoch keine grundsätzliche Wende in der Wohnungspolitik geben. Im Gegenteil. Zwar würde sich die Koalition in der kommenden Legislaturperiode um eine »neue Rolle« der Wohnungsbaugesellschaften bemühen. Statt gewinnorientiert, sollten die Unternehmen bedarfsgerecht ausgerichtet werden. Auch müsse über eine Erhöhung des landeseigenen Wohnungsbestandes »nachgedacht« werden – derzeit liegt der Anteil bei nur noch 14,7 Prozent des Gesamtbestandes und hat damit längst Steuerungsfunktion und mietpreisdämpfenden Einfluss auf den Wohnungsmarkt verloren. Doch nicht zuletzt aufgrund der Haushaltslage müsse weiter auf den Markt gesetzt werden. »Angesichts der Verschuldungssituation der Hauptstadt kann es keine langfristig gesicherten Transferleistungen mehr geben«, kündigte Michael Arndt, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, an. »Wir erwarten, dass Geringverdiener auch außerhalb des öffentlichen Wohnungsbestandes günstig wohnen können.« Zwar stimmte Uwe Döring, Ressortkollege von der mitregierenden Linkspartei, den Forderungen nach einem Wechsel in der Wohnungspolitik, wie aus dem Publikum verlangt, etwa im Hinblick auf die Bewirtschaftung der städtischen Wohnungsgesellschaften zu, verwies allerdings auf den Bundesgesetzgeber als entscheidenden Akteur für einen Kurswechsel. Zwar werde der Senat im Rahmen einer Bundesratsinitiative den Versuch unternehmen, zumindest die Neuvertragsmieten zu deckeln, die Modernisierungumlage zu reduzieren und Obergrenzen bei den Preissteigerungsmöglichkeiten für die Bestandsmieten zu erreichen. Eine Mehrheit für das Vorhaben im Bundesrat, räumte Döring selbst ein, dürfte angesichts der Mehrheitsverhältnisse allerdings ausgeschlossen sein. Die zum Teil wütenden Reaktionen aus dem Publikum auf die Vorstellung von Sozialdemokraten und demokratischen Sozialisten gipfelte in einer Ankündigung: »Wenn sich nichts ändert, brennt der Kiez.«